

POLIZEIZULAGE

Die Landesregierung ist am Zug!

Die Bundespolizei macht es vor, der Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums liegt vor, der die Erhöhung der Polizeizulage für die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten vorsieht. Als Begründung dient die zunehmende Gewalt, die denen entgegenschlägt, die von Amts wegen mit der Durchführung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beauftragt sind. Auch in Rheinland-Pfalz nehmen die in der G2P-Datei erfassten Delikte gegen unsere Kolleginnen und Kollegen zu.

Aus der Rede der Landesvorsitzenden am 1. Mai in Speyer: „... Wir sind als Polizei rund um die Uhr und vor allem nachts dort, wo sich der gesellschaftliche Bodensatz abspielt. Momente, in denen wir Abgründe, Not und Elend erleben, und auch, dass es Menschen und Gruppen in unserer Gesellschaft gibt, welche den Staat und alle seine Institutionen – im Netz und in der virtuellen Welt – in Gänze ablehnen. Wir erleben im Dienst Dinge, von denen viele Menschen glauben, dass es sie doch gar nicht geben kann.

Aus diesem Grund fordere ich die Politik auf, sich der Verantwortung, die sich daraus ergibt, zu stellen und einen starken Staat zu präsentieren:

- einen Staat, der Chancengleichheit ermöglicht,
- einen Staat, der die Menschen sozial absichert,
- einen Staat, der sich zu wehren weiß,
- einen Staat, der all diesen Hass, diese Hetze, diese Ablehnung und dieses menschenverachtende Tun einiger weniger in unserer Gesellschaft nicht duldet und einen Staat, der sich mit aller Konsequenz dagegenstellt und durchsetzt.

Polizistin sein oder Polizist sein bedeutet auch Mensch zu sein. Menschen mit Familien, Kindern, einem Vereinsleben und einem privaten Sozialleben. Menschen in einem Beruf, von dem sie nicht wissen, ob sie nach Dienstende überhaupt wieder zu ihren Familien, Freunden und Bekannten zurückkommen.

Polizei sichert den verfassungsrechtlich verankerten Rechtsstaat und gewährleistet



Sabrina Kunz bei ihrer gewerkschaftspolitischen Rede am 1. Mai in Speyer

Freiheit und Sicherheit gleichermaßen in einem täglichen Balanceakt.

Ich wünsche mir einen gesellschaftlichen Zusammenhalt, der nicht von Populisten und einfachen Lösungen begleitet wird, sondern von Vernunft und durch Diskurs und Diplomatie.

Dass Polizistinnen und Polizisten, Rettungskräfte, Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und Lehrer, Ehrenamtliche etc. ange-

griffen werden, darf nicht toleriert werden. (...) Aus diesem Grund brauchen wir starke Gewerkschaften und eine starke Politik für die Menschen. **Und aus diesem Grund fordern wir endlich die Erhöhung der Polizeizulage für die Polizei, die Erhöhung der Feuerwehrlulage für die Feuerwehr und der Schließerzulage für die Justiz und damit die Wertschätzung, die wir verdient haben.** ■



Abschaffung der Kostendämpfungs- pauschale in der Beihilfe, jetzt!

Eine Entlastung der Beihilfeberechtigten nach fast 20 Jahren in dringend geboten.

Wir erinnern uns noch an den 1. Januar 2003. Damals wurde eine allgemeine Kostendämpfungspauschale (KDP) in der Beihilfeverordnung des Landes Rheinland-Pfalz eingeführt. Damit sollten die Beihilfeberechtigten an den Krankheitskosten beteiligt werden.

Die KDP beträgt ab der Besoldungsgruppe A 7 zu Beginn 100 Euro, bei den höheren Besoldungsgruppen sind es bis zu 750 Euro jährlich. Pro berücksichtigungsfähigem Kind wird die KDP um 40 Euro reduziert.

Bei stetig steigenden Beiträgen in der privaten Krankenversicherung ist die KDP zu einer echten und spürbaren Belastung vieler Beihilfeberechtigter geworden.

Dies verspüren auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, deren individueller Ruhegehaltssatz auf die Grundbeträge der KDP angerechnet wird. Nachdem die Versorgungsempfänger keine Einmalzahlung im Jahr 2022 erhalten haben und deren Ruhegehalt erst zum 1. Dezember 2022 erhöht wird, stellt die KDP bei den aktuellen Preiserhöhungen, insbesondere bei Produkten des täglichen Lebens und den Energiepreisen, eine besondere Belastung dar.

Muss die KDP heute noch sein?

In Rheinland-Pfalz steigen derzeit die Steuereinnahmen deutlich an. Es zeichnet sich ab, dass RLP bald vom Nehmerland zum Geberland wird. Aufgrund der deutlich veränderten Finanzsituation des Landes muss die KDP wieder angesprochen und abgeschafft werden. Dazu gab es in der Vergangenheit bereits Forderungen der GdP. Aus dem Finanzministerium war damals zu hören, dass man dort aufmerksam die Entwicklungen in den anderen Bundesländern verfolgt.

Genau das macht die GdP auch und konnte feststellen, dass im größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen, die KDP rückwirkend zum 1. Januar 2022 abgeschafft wurde und es sogar einen monatlichen Zuschuss zu den Beiträgen der Krankenversicherung in den unteren Besoldungsgruppen gibt.

Ebenfalls hat Hamburg die KDP zum 1. Januar 2020 abgeschafft. Es gibt also durchaus positive Beispiele in Sachen Abschaffung der KDP zu vermelden.

Wir fordern die Landesregierung daher erneut auf, die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe schnellstmöglich abzuschaffen und somit für eine Entlastung der Beihilfeberechtigten zu sorgen.

**Marco Christen, Fachausschuss
Beamten- und Besoldungsrecht**

Bislang bester Studiengang! Herzlichen Glückwunsch 21. BA

Dieser Jahrgang wurde geprägt durch viele Krisen und die Naturkatastrophe. Besonders belastend war der grausame Doppelmord in Ulmet am 31. Januar 2022, durch den die Kollegin, Freundin und Mitstudierende Yasmin Bux aus dem Leben gerissen wurde.

Unter den Absolventinnen und Absolventen befanden sich 97 Frauen und 139 Männer. Jahrgangsbeste wurde Elisabeth Balkenhol aus dem Polizeipräsidium Koblenz mit 13,74 Punkten, was einem „sehr gut“ entspricht. Mit einem Durchschnitt von 10,24 Punkten kann sich der Studiengang wirklich sehen lassen.

Die Polizeikommissarin Angela Wolf aus dem Polizeipräsidium Westpfalz wurde mit der besten Bachelorthesis zum Thema „Vorteilsan-



Foto: Jemiller Otto

Sabrina Kunz überreicht die Urkunde an Sabrina Kunz. Beide sind nicht verwandt oder verschwägert.

nahme gem. § 331 StGB – Eine Aufarbeitung für die polizeiliche Praxis“ ausgezeichnet.

Studiengangsprecher Daniel Uppgang wurde aufgrund seines besonderen ehrenamtlichen Engagements für seine Mitstudierenden mit dem Campuskulturpreis ausgezeichnet.

Ferner wurden Fanta Kora und Said Raman Nasheed ebenfalls mit dem Campuskulturpreis für ihr Engagement gegen Rassismus und für mehr Vielfalt in der Polizei Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. ■



Foto: Jürgen Moser

Zum 1. Mai sind die Aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Kaiserslautern mit dabei (von links): Jens Paulus, Werner Hilmer, Sybille Sutter, David Gießler, Aline Raber, Petra Adler und Peter Adler sind mit von der Partie.



Einstieg in bewegten Zeiten

Interview mit dem neuen Abteilungsleiter der Polizei Dr. Dieter Keip

DP: Herr Dr. Keip, es sind nun mittlerweile sechs Monate seit Ihrer Amtseinführung vergangen. Wie geht es Ihnen in dem neuen Amt?

Keip: Für eine ruhige Amtsübernahme war erwartungsgemäß keine Zeit. Aber die Herausforderungen nach dem Hochwasser an der Ahr, die Montagsspaziergänge und ihre Auswirkungen auf die Polizei, der unfassbare Mord an unserer Kollegin und unserem Kollegen und nun der russische Überfall auf die Ukraine sind natürlich schon besondere Ereignisse, die unsere Polizeiorganisation und natürlich auch mich als Abteilungsleiter sehr fordern. Und trotz alledem habe ich die neue Herausforderung sehr gerne angenommen und ich fühle mich in meiner Rolle sehr wohl.

DP: Für all die Leserinnen und Leser, die Sie nicht kennen, was haben Sie vor der Polizei gemacht? Und wie kamen Sie zur Polizei?

Keip: In meinen zwischenzeitlich rund 22 Jahren im Landesdienst habe ich einige Stationen durchlaufen: In den ersten elf Jahren war ich u. a. als Jurist in der Zentralabteilung des Wirtschaftsministeriums, als „Spiegelreferent“ für Angelegenheit für dieses Ressorts in der Staatskanzlei, als Leiter des Referats Grundsatz und Projekte im Ministerbüro des Wirtschaftsministeriums, als Beauftragter des Ministers für Bürokratieabbau sowie als Konversionsreferent tätig. 2011 bin ich im Rahmen der Ressortumbildung nach der Wahl ins Innenministerium gewechselt, zunächst als Referatsleiter für das Infrastrukturprojekt Flughafen Zweibrücken.

Im Januar 2017 wurde mir dann die Leitung des Referates „Personal der Polizei“ übertragen, im November desselben Jahres die stellvertretende Leitung der Polizeiabteilung. An dem Polizeibereich hat mich die Verantwortung für einen Personalkörper von fast 14.000 Kolleginnen und Kolle-

gen ebenso gereizt, wie die Möglichkeiten, an der inneren Sicherheit unseres Landes mitzuwirken.

DP: Sie haben es selbst erwähnt, in Ihre Amtszeit als Abteilungsleiter Polizei ist das schreckliche Ereignis in Ulmet im Kreis Kusel gefallen, als zwei unserer Kollegen niederträchtig ermordet wurden. Was hat die Tat bei Ihnen ausgelöst?

Keip: In der Tat, war der Mord an Frau Bux und Herrn Klos ein kaltblütiges und abscheuliches Ereignis. Als ich nach der Tat früh morgens informiert wurde, war das für mich einerseits kaum zu begreifen und andererseits lief es mir eiskalt den Rücken herunter, als mir langsam klar wurde, was dieser tragische Tod jetzt wohl mit den Familien, Bekannten und der ganzen Polizeiorganisation macht. Sehr berührt haben mich später auch die beiden Trauerfeiern und insgesamt die große Anteilnahme landes-, bundes- und sogar europaweit. Hier hat sich der besondere Zusammenhalt der Polizeifamilie auch ganz emotional gezeigt.

DP: Was würden Sie sagen, sind neben diesem aktuellen Fall die größten Herausforderungen für die Polizei? Und wie wollen Sie damit umgehen?

Keip: Das ist keine einfache und kurz zu beantwortende Frage. Ich will Ihnen aber gerne eine paar Schlagworte nennen, die uns schon im Besonderen beschäftigen. Der russische Überfall auf die Ukraine hat auch Auswirkungen auf Sicherheitsfragen in Rheinland-Pfalz. So stehen wir wegen des Objektschutzes für die beiden großen US-Militärstützpunkte in Ramstein und Spangdahlem im engen Austausch mit verschiedenen Stellen. Auch die Coronakrise ist meines Erachtens noch nicht beendet und stellt die Kolleginnen und Kollegen insbesondere im Zusammenhang mit den sogenannten Montagsspaziergängen weiterhin



Der neue Abteilungsleiter bei der Amtseinführung mit seiner Familie

Foto: privat

vor besondere Herausforderungen. Weitere Ereignisse werden erfahrungsgemäß ganz sicher auf uns zukommen. Ich nehme aber auch wahr, dass unsere Polizei sehr gute Arbeit leistet und bei der überwiegenden Mehrheit weiterhin eine zu Recht hohe Wertschätzung genießt. Dafür gilt allen mein besonderer Dank. Für mich persönlich ist es ein zentrales Anliegen, mit dem sich für die kommenden Jahre abzeichnenden Personalaufwuchs insbesondere den Wechselschichtdienst als Rückgrat unserer Organisation zu stärken und den stetig steigenden Herausforderungen in der Kriminalbekämpfung zu begegnen.

DP: Wir können uns vorstellen, dass Abteilungsleiter Polizei ein Fulltime-Job ist. Was machen Sie, um auf andere Gedanken zu kommen?

Keip: Ich habe elfjährige Zwillinge, die es ausgezeichnet verstehen, für eine adäquate Auslastung ihres Vaters an den Abenden und Wochenenden zu sorgen. Früher war ich auch sportlich als Fußballer und Tennisspieler aktiv. Heute kicke ich höchstens noch mit Sohn und Tochter im Garten und verfolge Sport im Übrigen eher vor dem Fernsehen oder auch mal im Stadion. Die Freizeit im schönen Rheinhessen nutzen wir als Familie sehr gerne zu gemeinsamen Restaurant- und Kinobesuchen, solange unsere Kinder das noch mitmachen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Steffi Loth.



Auch der Einsatz der Drohne wurde geübt, ein Dank geht an die AG Drohne des PP Rheinland-Pfalz.

Foto: Kim Rliet

250 Kräfte übten bei BOS-übergreifender Großschadensübung in Frankenthal – Massenkrambolage mit Verletzten-Lage

Verkehrsunfälle mit einer Vielzahl von beteiligten Fahrzeugen und einer hohen Anzahl von Verletzten kommen glücklicherweise nicht so oft im Alltagsgeschehen vor, sie bedürfen dennoch oder gerade deswegen einer intensiven Vorplanung und professionellen Abarbeitung.

Wie kann man die vorhandenen Vorplanungen und Vorschriften besser überprüfen als mit einer entsprechenden Großschadensübung, in welche nicht nur die Polizei eingebunden wird, sondern auch die anderen Blaulichtorganisationen, welche ebenfalls ihren Beitrag zu einem gemeinsamen Einsatzerfolg leisten? Leider finden solche Großübungen seitens der Polizei nach der Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen, aber auch von Führungskräften zu wenig statt. Im Vorfeld gab es eine präsidialweite Fortbildung mit Hauptbrandmeister Andreas Lohr von der Feuerwehr Frankenthal, Prof. Dr. Michael Kreinest (stellv. Leiter der Wirbelsäulenchirurgie in der BG Unfallklinik Ludwigshafen und Leitender Notarzt sowie Input seitens der Hochschule durch Polizeirat Christoph Foth zu Neuerungen zur Unfallaufnahme aus rechtlicher und technischer Sicht, dem Einsatz der Drohne und einem Unfallsachverständigen.

Mit mehreren Notrufen bei der Polizeiinspektion Frankenthal und der integrierten



Der Leiter der PI Frankenthal Polizeirat Marcel Wirde-mann sehr konzentriert in der Lage.

Leitstelle in Ludwigshafen wurde die Übung dann am 9. April 2022 um 11 Uhr eröffnet. Der Dauerregen am Abend zuvor während der Aufbauarbeiten durch die beiden unentgeltlich unterstützenden Abschlepp- und Bergungsfirmen sowie das Wetterchaos in der

Nacht sorgten mit knapp 10 cm Schnee und einer spiegelglatten Fahrbahn in den Morgenstunden schon unfreiwillig für eine zusätzlich realistische Unfalldarstellung.

Schadensszenario

Auf dem extra für die Übung seitens der Stadtverwaltung Frankenthal gesperrten Nordring in Frankenthal, einer vierspurigen, mit Mittelleitplanke getrennten und damit autobahn- bzw. bundesstraßenähnlich ausgebauten Straße kam es zunächst durch einen betrunkenen Geisterfahrer zu einem schweren Verkehrsunfall, in dem neben etlichen Pkws auch ein Linienbus involviert war. Während die ersten Kräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst noch auf der Anfahrt waren, ereignete sich ein Folgeunfall auf der anderen Richtungsfahrbahn, verursacht durch einen langsam fahrenden bzw. abbremsenden Gaffer.

Sowohl die Polizeiinspektion Frankenthal, welche für viele Kilometer der Bundesstraße 9 zuständig ist und auch regelmäßig die Polizeiautobahnstation Ruchheim auf den Autobahnen A 6 und A 61 unterstützt, als auch die Feuerwehr Frankenthal, welche ebenfalls unzählige Kilometer Autobahn und Bundesstraße betreut, können daher

Foto: Thomas Baader



Foto: PR/Rheinland-Pfalz



Thomas Bader ist froh, dass so umfangreich geübt werden konnte.

im Alltagsgeschehen mit einer solchen Lage konfrontiert werden. Durch die beteiligten Übungskräfte aus Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz galt es, die rund 35 Verletzten und fünf Todesopfer, welche am Morgen durch ein Team der Bundeswehr realistisch geschminkt worden waren, in den Unfallfahrzeugen zu versorgen, sie patientengerecht aus den Fahrzeugen zu befreien, zu identifizieren (alle Personen waren mit Übungsausweisdokumenten und Regieanweisungen ausgestattet), zu versorgen und anschließend in entsprechende Kliniken zu verbringen.

Abarbeitung

Das Unfallgeschehen wurde gemäß den BAO-Vorplanungen nach GSGGSK (Größere Schadensereignisse, Gefahr größerer Schadensereignisse, Katastrophen 1. Phase) abgearbeitet und die entsprechenden Einsatzabschnitte gebildet. Der Dienststellenleiter der Polizeiinspektion Frankenthal, PR Marcel Wirdemann – welcher bewusst nicht in die Planungen eingebunden werden wollte, um am Übungstag selbst üben zu können –, führte nach Aufruf der BAO den Abschnitt EA Absperrung/Verkehr/Schadensort, während der diensthabende DGL PHK Daniel Soehnen den UA Schadensort übernahm. Alle übrigen polizeilichen Einsatzabschnitte wurden nur fiktiv dargestellt. Um den sogenannten Massenunfall von Verletzten auch bis zum Abtransport jedes Einzelnen gewährleisten zu können, wurde der gesamte Frankenthaler Katastrophenschutz der Hilfsorganisationen in den Einsatz gebracht und zusätzlich noch eine Teileinheit aus Ludwigshafen. Außerdem wurde der Großraumrettungswagen (GRTW) der Berufsfeuerwehr Ludwigshafen in das Übungsgeschehen eingebunden.

Da eine solch große Schadenslage nie von einer Feuerwehr alleine gestemmt werden kann, kamen neben der Feuerwehr Frankenthal auch hier Unterstützungskräfte aus der gesamten Umgebung rund um Frankenthal zum Einsatz.

Fazit der Planer

Die Übungsziele wurden in allen Bereichen weitgehend erreicht. In einer breit angeleg-



Foto: Kim Rietel

Bei solchen Großschadenslagen und dem damit verbundenen Massenansturm von Verletzten gibt es zunächst keine Individualmedizin („eine RTW-Besatzung für einen Patienten“), sondern hier sprechen wir von der sogenannten Triage. Jeder Verletzte wird zunächst gesichtet und kategorisiert. Ziel ist es, die am schwersten verletzten Patientinnen und Patienten rasch zu identifizieren, da diese am schnellsten medizinische Hilfe benötigen.

Das ganze Ausmaß des Schadens ist aus der Luft am besten zu erkennen, der Massenansturm erfordert Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, THW und Polizei.

ten Nachbereitungsrunde wurden weitere Schritte zur Optimierung vereinbart.

„Sicherlich gibt es noch die ein oder andere Stellschraube in den einzelnen Bereichen, an der gedreht werden muss, um sich gemeinsam bzw. auch jede Organisation einzeln noch besser auf solche Großschadensszenarien vorbereiten zu können“, so Frank Böhmer.

Thomas Bader erklärt, dass „die Unterscheidung der Kennzeichnung der Führungskräfte der Polizei müsste optimiert werden, hier war die Differenzierung zu den anderen BOS schwierig“.

Ohne den Beitrag jedes Einzelnen in dem gemeinsamen Planungsteam wären die Übung und der erzielte Übungserfolg nicht zu erreichen gewesen. Der Dank von Frank Böhmer und Thomas Bader geht daher an ihr gesamtes Team.

PHK Thomas Bader



Foto: Polizeibereichsleiter/Rheinland-Pfalz



Gewerkschaft der Polizei

Leidenschaft für mehr!

Aus dem HPRP

Evaluation GAP WSD, zweite Fragerunde

Ab dem 16. Mai soll die zweite Fragerunde im Rahmen der Evaluation stattfinden. Einige Fragen werden sich wiederholen. Andere Bereiche werden aufgrund der Ergebnisse aus der ersten Runde intensiviert betrachtet. So werden z. B. mehrere Fragen zur Vereinbarkeit gestellt, aber auch zu dem Verhältnis von Verausgabung und Belohnung, auch wenn die Fragen hier nicht polizeispezifisch sind, da die Untersuchung auch mit anderen vergleichbar sein soll.

Handlungsorientierung Corona (HO) und GBU SARS-CoV-2, Hygiene- und Desinfektionsplan

Die neue HO ist zeitnah nach der Sitzung in Kraft getreten und enthält einige Erleichterungen wie das Tragen der OP-Maske anstatt der FFP2-Maske bzw. auch hiervon kann es Ausnahmen geben (Nutzung Dienstfahrzeuge und Doppelbüros mit je fester Besetzung). Eine Empfehlung für das Tragen der FFP2-Maske besteht. Weiter sind Sozialveranstaltungen möglich. Dienstliche Besprechungen sollen möglichst reduziert und die Notwendigkeit sorgfältig geprüft werden. Beim Homeoffice wird zunächst auf die Möglichkeit von drei Tagen pro Woche reduziert.

Mentoring-Programm für das 2. Einstiegsamt und Tarifbeschäftigte in vergleichbaren Positionen

Aufgrund guter Erfahrungen mit dem Instrument Mentoring wird das Programm ab Juni 2022 mit der fünften Runde wieder aufgelegt. Insgesamt werden 39 Tandems vorgesehen, die sich damit beschäftigen wer-

den, den Weg zum ersten Führungsamt vorzubereiten.

Fortbildungsqualifizierung

Für den Bereich der Polizeiverwaltung werden einige Plätze vorgesehen, an der Fortbildungsqualifizierung nach A 10 und A 11 teilzunehmen. Nach der Zuweisung der Plätze ist bei mehreren Bewerberinnen und Bewerbern eine Ausschreibung in den Behörden vorzunehmen.

Fachwart Gesundheits- und Präventionssport

Der Kollege Jan-Philipp Rackow wird die Nachfolge im Bereich Gesundheits- und Präventionssport übernehmen. ■

Deutliche Rentensteigerung ab 1. Juli 2022

Zum 1. Juli 2022 steigen die Renten in Westdeutschland um 5,35 Prozent und in Ostdeutschland um 6,12 Prozent. Somit erhöht sich der Rentenwert im Westen von bisher 34,19 Euro auf 36,02 Euro, im Osten von bisher 33,47 Euro auf 35,52 Euro. Der Rentenwert Ost steigt somit auf 98,6 Prozent des aktuellen Rentenwerts West. Spätestens zum 1. Juli 2024 soll die Anpassung Ost- an West-

niveau abgeschlossen sein. Die Freude über eine deutliche Rentenerhöhung wird allerdings durch die derzeit hohe Inflationsrate stark gedämpft. Und hinzu kommt, dass durch die Steigerung viele Rentnerinnen und Rentner jetzt ihre Rente versteuern müssen. Entgegen weitverbreiteter Meinung sind die Renten grundsätzlich einkommensteuerpflichtig. Die Rentenbesteuerung betrifft

übrigens neben den Altersrenten – hierzu zählen auch betriebliche Renten – auch die Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Hinterbliebenenrenten. Wir empfehlen, sich über das Thema „Rente und Steuern“ zu informieren; bei Unklarheiten beim zuständigen Finanzamt, einem Lohnsteuerhilfeverein oder einem Steuerberater.

Margarethe Relet

DP – Deutsche Polizei Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



LESERBRIEF VON JÜRGEN GEHRES

Personalmisere ist auf vielen Dienststellen allgegenwärtig

Es sind immer wieder die gleichen Probleme: Personal fehlt an allen Ecken – trotz der höheren Einstellungszahlen. Ich komme von einer mittelgroßen Polizeidienststelle, der im Vergleich zum Jahrtausendwechsel derzeit ca. 30 Prozent Personal im Wechselschichtdienst fehlen. Auch im Bereich des Bezirksdienstes wird es immer schwieriger, Stellen zeitnah zu besetzen. Ich erinnere mich noch sehr gut an ein Schreiben, das ich im Jahre 2014 an die Personalvertretung gerichtet habe. Zu den Köpfen im Wechselschichtdienst hat sich seit acht Jahren personell nichts im positiven Sinne verändert.

Wir reden seit Jahren über die immer größer werdenden Zahlen bei der „Gewalt gegen Polizeibeamte“ (und natürlich auch gegen andere Rettungsdienste). Dies wird selbstverständlich auch von den politisch Verantwortlichen der Landesregierung immer wieder erkannt und kritisiert.

Doch hat sich viel geändert? Teile der Gesellschaft – mit denen es die Polizei zu tun hat – werden immer aggressiver, vor allem wenn Alkohol und/oder Drogen im Spiel sind.

Natürlich ist die Ausbildung bei der Polizei Rheinland-Pfalz gut, auch ist die Sachausstattung durchaus in Ordnung. Aus meiner persönlichen Erfahrung aus über 40 Dienstjahren kann ich jedoch sagen, dass die beste Eigensicherung gegen die genannten Delikte genügend Personal wäre.

Es kann doch nicht sein, dass Gewaltdelikte gegen die Polizistinnen und Polizisten erkannt werden und dass sich gleichzeitig die Personalsituation auf kleinen und mittelgroßen Polizeidienststellen kaum verändert. Auch kleine Dienststellen müssten einen Personalansatz von 35 Köpfen im Wechselschichtdienst haben, damit immer zwei Streifen zur Verfügung stehen. Bei mittelgroßen Polizeidienststellen sollten immer drei Streifen verfügbar sein (also 45 bis 50 Köpfe).

Ich erinnere mich noch an die 90er-Jahre, als der ehemalige Innenminister Walter Zuber im Landkreis Bad Kreuznach einer sogenannten kleinen Polizeidienststelle die Zahl 35 im Wechselschichtdienst zubilligte, um vernünftig arbeiten zu können.

Da auch bei der Kriminalpolizei Personal fehlt, kann man heute deutlich sagen, dass die SPD-geführten Landesregierungen der letzten 15 bis 20 Jahre bei der langfristigen Personalplanung kläglich versagt haben.

Leider wird man heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen können, wie viel Personal man bei der Polizei in den nächsten Jahren benötigen wird. Vor 15 bis 20 Jahren hätten wir sicherlich nicht vorausgesehen, in welchen Bereichen der Polizei heute Personal dringend benötigt wird.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Polizeiarbeit eine größere Wertschätzung erhalten muss, was ich an einigen Beispielen verdeutlichen möchte:

1. Es ist doch in der heutigen Zeit nicht mehr zeitgemäß, dass die Kolleginnen und Kolleginnen nach dem Studium in die Besoldungsgruppe A 9 eingruppiert werden. Der Einstieg sollte nach der Ausbildung bei A 10 liegen.
2. Auch sollte ein Dienstgruppenleiter die Besoldungsgruppe A 13 erhalten können (sein Vertreter dann selbstverständlich die A 12).
Bei einem DGL einer Polizeiinspektion heißt es in der Aufgabenbeschreibung:
... Vertretung des Leiters der Polizeiinspektion außerhalb der allgemeinen Dienstzeit.
Rechnet man die Zeiten „außerhalb der allgemeinen Dienstzeit“ zusammen, vertritt der DGL den Leiter der Polizeiinspektion häufiger als der Vertreter des PI-Leiters (dieser wird bei einer mittelgroßen Dienststelle nach A 13 besoldet).
Bei einer Kriminalinspektion ist dies richtigerweise schon lange üblich, dass ein Kommissariatsleiter und sein Vertreter wie beschrieben besoldet werden. Hier kann man sogar bei einer herausragenden Sachbearbeitung nach A 12 besoldet werden.
3. Die Polizeizulage muss dringend erhöht und wieder ruhegehaltstauglich werden. Außerdem sollte diese Gefahrenzulage an die Besoldungserhöhungen angepasst werden.

Ich erinnere mich noch an die Abschaffung der Ruhegehaltstauglichkeit in den 90er-Jahren. Es gab Abgeordnete aus der damaligen Landesregierung, die meinten, dass die Belastungen des Polizeiberufes nach dem Eintritt in den Ruhestand wegfallen würden. Diesen Aussagen kann ich nur widersprechen. Ich kann mich aus meinem beruflichen Alltag sicherlich an 15 bis 20 Ereignisse erinnern, die ich nie vergessen werde (z. B. Tötungsdelikte, schwerste Verkehrsunfälle, Misshandlungen von Kindern und Erwachsenen, um nur einige Beispiele zu nennen).

4. Die Wechselschichtzulage sollte endlich 102,26 Euro betragen und nicht nur 51,13 Euro. Gerade der Wechselschichtdienst spürte die Personalmisere der letzten 15 Jahre ganz besonders. Ständig zusätzlicher und verlängerter Dienst, um den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten, war Standard. Diese erhöhten Belastungen gehen bis heute zulasten der Familien und ganz besonders zulasten der Gesundheit. Große Schlafprobleme – auch nach dem Eintritt in den Ruhestand – sind und waren keine Seltenheit.
5. Die Zulage „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ muss endlich auch eine Zulage sein, die ihrem Namen gerecht wird, und auch deutlich erhöht werden. Auch sollte die Zulage mit den Besoldungserhöhungen angepasst werden.
6. „Gesundes Arbeiten in der Polizei“ ist nur mit genügend Personal möglich. Man sollte sich in diesem Bereich die Frage stellen, wie viel Personal man benötigt, um überhaupt gesund arbeiten zu können. Außerdem sollte man in der Regeldienstzeit zumindest in etwa seine monatlichen Sollstunden erbringen können.

Diese Wertschätzung der Polizei muss durch Taten und nicht durch Sonntagsreden von Politikern erfolgen. Mir ist durchaus bewusst, dass man die aufgezählten Punkte nicht kurzfristig erreichen kann. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass man Punkt für Punkt abarbeiten kann und vielleicht sogar muss, um den Beruf des Polizeibeamten wieder attraktiver zu machen. Diese Attraktivität trägt dann sicherlich auch dazu bei, dass man wieder mehr Bewerber für unseren schönen, abwechslungsreichen, aber auch gefährlicher gewordenen Beruf erreichen kann. ■



Sterbefälle

Bernd Stahl, KG PP/PD Koblenz, 76 Jahre
 Jürgen Leienberger, KG PD Pirmasens, 70 Jahre
 Elfriede Perreth, PD Neustadt, 89 Jahre

Veranstaltungshinweise regionale Seniorengruppe Trier

Am **20. Juli 2022** bietet die regionale Seniorengruppe Trier eine Fahrt nach Mainz an.

Programm: Nach einem Besuch des ZDF geht es in den Landtag mit Führung und Mittagessen. Teilnehmen können Mitglieder der Seniorengruppe Trier und ihre Partner/-innen.

Kosten für den Bus und die „Marschverpflegung“ (Frühstück) werden übernommen. Anmeldeschluss: **10. Juli 2022**. Anmeldungen oder Rückfragen bitte an Horst Zwank per Whatsapp: (0152) 56135972 oder E-Mail: horstzwank@web.de oder gdpsenioren.bgtrier@gdp-rlp.de ■

Veranstaltungshinweis regionale Seniorengruppe Mainz

Am **8. Juni 2022** bietet die regionale Seniorengruppe (rSG) Mainz eine Stadtführung unter Leitung von Koll. Rolf Gäbler an. Zur Mainzer rSG gehören die Rentnerinnen, Rentner und Pensionäre der Bezirksgruppen Mainz (inkl. WO und KH) und PP ELT und der Kreisgruppen LKA und HdP an, sofern sie im Bereich des PP Mainz wohnen. Die Einladungen werden ausschließ-

lich per E-Mail versandt. Daher: Teilt bitte eure E-Mail-Adresse mit, wenn ihr Einladungen zu Aktivitäten der rSG erhalten möchtet. Meldungen bitte an ernst.scharbach@gdp-rlp.de.

Übrigens sind die Seniorinnen und Senioren inzwischen auch auf einer eigenen Seite bei Facebook vertreten: seniorengruppe-gdp-rheinland-pfalz ■

Vorankündigung von Veranstaltungen der regionalen Seniorengruppe Koblenz

1. Besuch der Polizeihubschrauberstaffel Rheinland-Pfalz in Winnigen am **19. Juli 2022**, 14 Uhr.
Wir wollen einen Hubschrauber besichtigen und anschließend im benachbarten griechischen Restaurant Delphi gemütlich beisammen sein. Alternativ kann ein Spaziergang durch die angrenzenden Winniger Weinberge gemacht werden. Eure Enkel sind ebenfalls herzlich willkommen.
2. Besuch der idyllisch gelegenen Zisterzienserabtei Marienstatt bei Hachenburg am **9. August 2022**.

Wir treffen uns um 11 Uhr mit Frater Gregor am Torbogen/Buchhandlung. Dort wird ein 35-minütiges Video über das Kloster gezeigt, anschließend können wir den Barockgarten anschauen und in Stille die Kirche besuchen. Danach Mittagessen im dortigen „Brauhaus“ und gemütliches Beisammensein. Nachmittags kleine Wanderung um die Abtei.

3. Webinar der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz „Behindertengerechtes Bauen und Wohnen“ im September.



Geburtstage

70 Jahre

Rolf Henner, KG PD Pirmasens
 Volker Lehmann, KG PP/PD Koblenz
 Hans Siebenlist, KG PD Kaiserslautern
 Ingrid Huber, KG PD Pirmasens
 Heinz Hussy, KG PD Neustadt

75 Jahre

Berthold Schmitt, KG PD Wittlich
 Helmut Ströder, KG Westerwald/Rh.-L.
 Ellard Willmann, KG Südpfalz

Ruheständler

Rebecca Waldschmidt, KG PP/PD Koblenz

Der Termin steht noch nicht fest. Interessant für alle (Um-)Bauwilligen; nicht nur für Senioren. Einzelheiten werden noch mitgeteilt.

Das Angebot richtet sich an alle GdP-Mitglieder, selbstverständlich mit Familienangehörigen. Wir bitten in Innenräumen Coronamasken zu tragen und um Beachtung der Abstandsregeln. Anmeldungen bitte spätestens eine Woche vor der jeweiligen VA an: Senioren-Koblenz@gdp-rlp.de

**Für den Vorstand Jürgen Kohl,
 Vorsitzender der rSG Koblenz**

Mainzer Seniorinnen und Senioren besuchen den Landtag

Auf Einladung von MdL Heiner Illing (SPD, Gau-Odernheim) besuchte eine Delegation der regionalen Seniorengruppe Mainz den frisch renovierten Landtag in Mainz. Zu den interessanten Einblicken in die Historie und zu den Umbauten des Gebäudes drehten sich die Diskussionen mit MdL Illing um die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Innere Sicherheit, aber auch

um Fragen des Umweltschutzes am Beispiel Wasserversorgung und die Probleme im Zusammenleben mit eingewanderten Wölfen. Ein absolut lohnenswerter Besuch.

Zu Beginn erinnerte Ernst Scharbach an den kürzlich leider verstorbenen GdP-Kollegen Harry Zeuner. In seinem letzten Telefonat hatte Harry ihm aufgetragen, seine „Strolche“ herzlich zu grüßen. ■

